

Der Weg der Einheit der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen im Kampf

Am Montag, dem 10. 12., verkündete Opel-Chef Thomas Sedran auf der Belegschaftsversammlung von Opel Bochum die Entscheidung des US-Mutterkonzerns, General Motors (GM), den Produktionsstandort Bochum zum August 2016 wegen „europaweiten Überkapazitäten“ stillzulegen und das Werk zu schließen. Erneut will GM bei Opel den Hebel ansetzen, um die sog. Überkapazitäten der Automobilproduktion in den nicht wettbewerbsfähigen europäischen „Hochlohnländern“, zugunsten einer Produktionsoffensive in den „Niedriglohnländern“, zu schleifen.

Das betrifft direkt die rund 3.400 Bochumer Kollegen (inklusive der Partner- und Subunternehmen) und mit ihnen die bis zu 40.000 Arbeitsplätze bei Zulieferern, Dienstleistern und Partnerbetrieben etc. in der Region. Im Ruhrgebiet droht, verstärkt durch den Abbau der Stahlindustrie, eine neue Offensive der Entindustrialisierung, die schon heute zu einer Arbeitslosigkeit von 10 bis 12 und 14 % geführt hat.

Die Regierung Merkel lehnt jedes staatliche Eingreifen zum Schutz der Opel-Arbeiter vor den Schlägen des Konzernvorstandes ab. Unisono erklären Merkel und andere Vertreter ihrer Regierung, erklären die SPD-Führung und die SPD-Ministerpräsidentin von NRW, Hannelore Kraft, und auch der SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück ihr „Bedauern“ über die Entscheidung..., um dann an Opel und GM zu appellieren, die Schließung und Arbeitsplatzvernichtung „sozialverträglich“ zu gestalten.

Sedran winkte vor seiner überstürzten Flucht vor den versammelten Arbeitern noch zynisch mit dem eventuellen Trostpflaster, Bochum – nach Stilllegung der Produktion – als Ministandort für „Logistik“ und „Komponentenfertigung“ zu erhalten. Steinbrück, wagt es als Kandidat der SPD, dem Betriebsrat und der IG Metall genau das zu empfehlen: „Jetzt wird es darauf ankommen, Bochum als Standort auch nach dem Ende der Automobilherstellung zu erhalten. Ich erwarte vom Management von Opel und General Motors, dass mit der IG Metall und den Betriebsräten für den anstehenden Personalabbau eine sozialverträgliche Lösung ohne betriebsbedingte Kündigungen gefunden wird.“

Und an diesen Kandidaten wollen die DGB-Verantwortlichen ihre Forderungen stellen in der Erwartung eines „Politwechsels“ dafür nach der Wahl 2013?

Für GM und Sedran ist die Schließung das Ergebnis, zu dem sie in den schon 6

Monate andauernden Verhandlungen mit der IG Metall und dem Betriebsrat gekommen sind. Solche Verhandlungen haben schon mehrfach stattgefunden. Ihr Ergebnis war stets Lohnverzicht, Ausweitung der prekarierten Arbeitsplätze und Arbeitsplatzvernichtung. So wurde die Beschäftigtenzahl bei Opel Deutschland in den letzten Jahren von 26.000 auf ca. 21.000 reduziert. Bei Opel Bochum verloren in den letzten beiden Jahren 1.500 Kollegen ihren Arbeitsplatz.

In der aktuellen Verhandlung dieser Art geht es erneut um Einkommensverzicht, Ausweitung der Leiharbeit und „sozialverträglichen“ Arbeitsplatzabbau, als Opfer für den Erhalt aller Standorte. Mit seiner Entscheidung, die Bochumer Produktion stillzulegen, hat GM der IG Metall vorerst einen Strich durch ihre Verhandlungsrechnung gemacht.

Solche Gespräche zwischen Unternehmensleitung, Betriebsrat und Gewerkschaft sind ohne gewerkschaftliches Streikrecht für den Kampf gegen strategische Unternehmensentscheidungen wie Entlassungen, Schließungen und Verlagerungen keine wirklichen Verhandlungen zwischen einigermaßen ebenbürtigen Interessensgegnern, sondern verurteilt die Gewerkschaft zu „kollektivem Betteln“ mit den entsprechenden Ergebnissen. In den Gewerkschaften verstärkt sich die Diskussion, endlich etwas dagegen zu tun und das Streikrecht auch in diesen Fällen durchzusetzen.

Der Bezirksleiter der IG Metall NRW, Knut Giesler, bezeichnet die Schließung als „Kampfansage an die Belegschaft“ und fordert „auch über 2016 hinaus Produktion am Standort Bochum“.

„Die IG Metall akzeptiert eine Schließung des Standortes Bochum nicht“, sagt der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber. Und er fügt hinzu: „Wenn Opel jetzt ersatzlos alle Produktionsarbeitsplätze abbauen will, ist das eine offene Kampfansage an uns.“ Akzeptiert er damit das Aus für die Produktion in Bochum? Sollte etwa der Erhalt des „Standortes Bochum“ als Ministandort der Komponentenfertigung als Ersatz gelten für die Liquidierung der Produktionsstätte?

Jedenfalls setzt Huber weiter auf „Verhandlungen“ und fordert von GM und Opel „eine tragfähige Gesamtlösung für Deutschland... den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen an allen deutschen Opel-Standorten und einen Wachstumsplan für Opel.“

2004 hat die Belegschaft in Bochum gegen die weitgehenden Entlassungspläne spontan gestreikt. Am Dienstag, nach der

Ankündigung der Schließung, haben mehrere 100 Kollegen für einige Stunden die Arbeit niedergelegt. Alle Arbeiter wollen ihren Arbeitsplatz, wollen die Arbeitsplätze aller Kollegen verteidigen.

Nach der Streikperspektive gefragt, antwortet ein Kollege: „Ohne Rückhalt der Gewerkschaften wird da sowieso nichts passieren“.

Die Kollegen brauchen ihre Gewerkschaft. Und sie brauchen die von der Gewerkschaft organisierte Einheit aller Kollegen in Bochum und aller Opel-Betriebe in Deutschland auf der Grundlage der Forderung der Verteidigung aller Standorte und aller Arbeitsplätze an allen Standorten durch den gewerkschaftlich organisierten Kampf dafür.

In der Diskussion unter den Opel-Kollegen und in der IG Metall drängt sich die Frage nach vorn, dass die Arbeiter dringend den Einsatz des stärksten Kampfmittels der Gewerkschaft, des Streiks, brauchen, gerade im Kampf gegen die wieder zunehmenden Entlassungen. Dass allein der vereinte Streik der Beschäftigten aller Opel-Betriebe die Kraft aufbieten kann, die Zerstörungspläne von GM zurückzuweisen.

Eine Initiative von Arbeitnehmern, Gewerkschaftern, politisch Engagierten und Sozialdemokraten wendet sich an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft, um auf die Forderungen der Kollegen und einen solchen Streik gestützt, alle Opel-Arbeiter und die Bevölkerung zu einer zentralen Demonstration nach Berlin, bzw. nach Düsseldorf zu mobilisieren, für die Forderung, dass die Bundes- bzw. die Landesregierung den Bochumer Betrieb und die Arbeitsplätze, sowie die Arbeitsplätze aller Opel-Standorte unter staatlichen Schutz stellen, um ihren Erhalt zu garantieren.

Das wäre ein wirklicher politischer Kurswechsel. Und zu ihm gibt es nur einen Weg, den der Einheit der Arbeiter und ihrer Organisationen im organisierten Kampf.

Die Frage, wie wir für diese Einheit im Kampf für den sofortigen Bruch mit der Politik der Förderung von Entlassungen, Deregulierung und Prekariisierung der Arbeitsverhältnisse im Namen der Wettbewerbsfähigkeit handeln können, sowie gegen das Diktat der Schuldenbremse unter dem verschärften Druck der europäischen Verträge, ESM und Fiskalpakt, stehen im Zentrum der Diskussion und Vorbereitung der bundesweiten Arbeitnehmerkonferenz am 26.1. in Berlin.